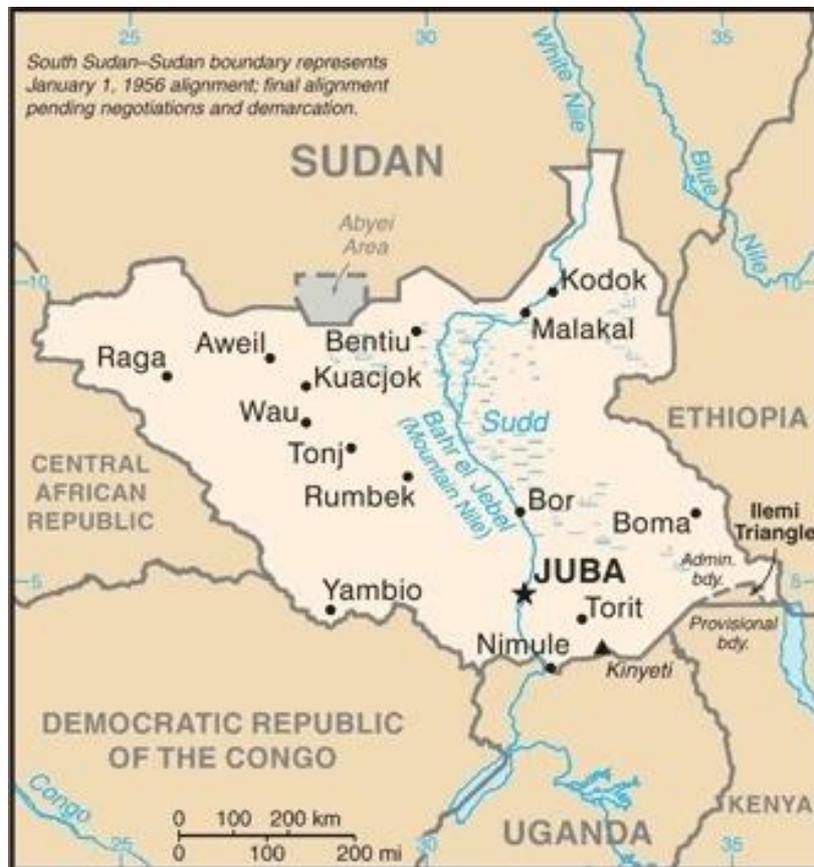


Factsheet Südsudan

September 2024



Karte: CIA, 2024

1 Fakten und Zahlen

Bevölkerung: 11'984'888 gemäss [Worldometer](#) (September 2024). Rund 80% der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten.

Ethnien: 35-40% der Bevölkerung sind der Ethnie der Dinka zugehörig, 15% der Ethnie der Nuer. Weitere ethnische Minderheiten: Shilluk, Azandé, Bari, Kakwa, Kuku, Murle, Mandari, Didinga, Ndogo, Bviri, Lndi, Anuak, Bongo, Lango, Dungotona, Acholi, Baka, und Fertit ([Schätzung 2011](#)).

Religionen: Christentum 60,5%, indigene Religionen (Animist*innen) 32,9%, Islam 6,2% ([Schätzung 2020](#)).

Politisches System: Präsidiale Republik. Präsident: Salva Kiir Mayardit ([seit 2011](#)).

Alphabetisierungsrate: 35% ([Schätzung 2018](#)). Alphabetisierungsrate der Frauen (28,9%) und Männer (40,3%).

2 Risikoprofile

- **Regierungskritische** Personen oder Personen, die der Zugehörigkeit zur Opposition (öffentlich oder in den sozialen Netzwerken) verdächtigt werden, sowie [Oppositionsführer*innen](#), einschliesslich der Mitglieder der oppositionellen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung ([SPLM-IO](#)) sowie deren Familienangehörige
- [Menschenrechtsaktivist*innen](#) und ihre Familienangehörigen
- [Journalist*innen](#) und ihre Familienangehörigen
- Alle [Mitglieder ethnischer Gruppen](#) (Dinka, Nuer, Murle etc.), einschliesslich Kinder, Frauen und lokale Führer, die von anderen ethnischen Gruppen und der Regierung oder der Opposition angegliederten bewaffneten Milizen ins Visier genommen werden
- **Kinder** und **Frauen** ([geschlechtsspezifische Gewalt](#), [sexuelle Gewalt](#), [Menschenhandel](#) und [Zwangsrekrutierung](#))
- **Religionsführer**, insbesondere [christlicher Konfessionen](#)
- **LGBTQI+-Personen** ([Hassverbrechen](#), [strafrechtliche Verurteilung](#), [Diskriminierung und Ausgrenzung](#))
- **Zivilpersonen**, die von [bewaffneten Gruppen](#) ins Visier genommen werden
- Politisch aktive und regierungskritische Personen **im Exil** ([grenzüberschreitende Unterdrückung](#))
- Südsudanesische [humanitäre Helfer*innen](#)

3 Background

Der jüngste Staat der Welt. Der Südsudan erlangte seine [Unabhängigkeit](#) am 9. Juli 2011, nachdem die Regierung des Sudan und die sudanesische Befreiungsbewegung (SPLM) am 9. Januar 2005 in Naivasha ein [umfassendes Friedensabkommen](#) unterzeichnet haben. Das Land besteht aus den [zehn südlichen Bundesstaaten](#) des Sudan, die Hauptstadt ist Juba. Es gilt die [Übergangsverfassung der Republik Südsudan](#) (2011), die bis [Februar 2025](#) in Kraft ist.

Bürgerkrieg, der aus einer Rivalität zwischen den Ethnien der Dinka und der Nuer entstand. 2013 erlebte der Südsudan eine schwere politische und militärische Krise, die sich zu einem Bürgerkrieg ausweitete. Der Konflikt entstand aus der Rivalität zwischen Präsident Salva Kiir (einem Angehörigen der Dinka) und seinem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar (einem Angehörigen der Nuer). Im Juli 2013 [entliess Salva Kiir Riek Machar](#) und sein gesamtes Kabinett. Diese Regierungsumbildung verschärfte die politischen und ethnischen Spannungen im Südsudan. Während Soldaten, welche der Ethnie der Dinka angehören, den Präsidenten Salva Kiir unterstützen, stellen sich die Nuer auf die Seite seines Rivalen Riek Machar. Am 15. Dezember 2013 bricht im Südsudan ein [Bürgerkrieg](#) aus, als es in Juba innerhalb der südsudanesischen Armee zu Kämpfen zwischen Dinka- und Nuer-stämmigen Armeeangehörigen kam.

Zivilbevölkerung von der Gewalt betroffen. Die Auseinandersetzungen weiten sich rasch auf das gesamte Gebiet des Südsudan aus, wobei die jeweiligen Teile der Armee sowohl Salva Kiir wie auch Riek Machar loyal ergeben bleiben. Sie nehmen ethnische Dimensionen an, mit [gezielten Übergriffen auf Zivilpersonen der jeweils anderen Ethnie](#). Bis Ende 2023 hat der Konflikt im Südsudan dazu geführt, dass seit mehr als zehn Jahren mehr als [2,2 Millionen geflohen sind und 2,2 Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben wurden](#). Diese

Situation wird durch den Klimawandel und die Ernährungsunsicherheit weiter verschärft. Zwischen Dezember 2013 und April 2018 sollen rund [383'000 Menschen getötet worden sein](#).

4 Jüngste Entwicklungen

Ein relativer und fragiler Frieden. Verschlechterung der Sicherheitslage. Die Umsetzung des 2018 ausgehandelten Friedensabkommens kommt kaum voran. Die Bildung einer Übergangsregierung im Februar 2020 und die damit verbundene Rückkehr von Riek Machar als Vizepräsident [hat den Friedensprozess nur unwesentlich beschleunigt](#). Obwohl der Waffenstillstand auf nationaler Ebene bis heute in Kraft ist, ist Gewalt weiterhin an der Tagesordnung. Zwischen Januar und März 2024 dokumentierte UNMISS 240 Gewaltvorfälle im gesamten Land, die 913 Zivilpersonen betrafen, darunter 468 Todesfälle, 328 Verletzte, 70 Entführungen und 47 Fälle von sexueller Gewalt. 2023 dokumentierte UNMISS [885 Gewaltvorfälle, die 3340 Zivilpersonen](#) im Südsudan betrafen, darunter 1'524 Morde, 1'052 Verletzte, 601 Entführungen und 163 Fälle von konfliktbedingter sexueller Gewalt. Im Vergleich zu 2022 [stieg die Zahl der Gewaltvorfälle im Jahr 2023 um 24%](#).

Erhöhte Instabilität gefährdet die Wahlen im Dezember 2024. Der UNO zufolge sind die [Vorbereitungen für die ersten Wahlen](#) des Südsudan als unabhängiges Land ungenügend. UN-Ermittlern zufolge [gefährden die alarmierende Zunahme der Gewalt und Menschenrechtsverletzungen](#) die Durchführung freier und fairer Wahlen im Dezember 2024. Darüber hinaus könnten ethnische Spannungen und Machtkämpfe zwischen den politischen Eliten zu [Wahlbetrug, Einschüchterung, Gewalt und einer Nichtanerkennung](#) der Wahlergebnisse führen. Die anhaltende Rivalität zwischen Salva Kiir und Riek Machar lässt es weiterhin [wahrscheinlich erscheinen, dass es im Vorfeld der Wahlen zu Gewaltausbrüchen kommen könnte](#).

Die interethnischen Zusammenstösse dauern an. Im Laufe des Jahres 2023 und 2024 forderten [Zusammenstösse](#) zwischen Angehörigen der Dinka und Nuer zahlreiche zivile Opfer. Im Januar 2024 wurden mehr als [50 Menschen, darunter Frauen, Kinder und zwei Soldaten der UN-Friedensmission bei den Angriffen getötet](#). Am 27. April 2024 kamen bei Zusammenstössen zwischen Nuer und Dinka in der Verwaltungszone Abyei, deren Staatszugehörigkeit zwischen dem Südsudan und dem Sudan weiterhin umstritten ist, [drei Menschen ums Leben](#). Nach Angaben der UNO starben am 7. Juni 2023 mindestens [27 Menschen](#) bei interethnischen Zusammenstössen zwischen Nuer und Shilluk in einem von UNMISS betriebenen Schutzlager für Zivilist*innen in Malakal. Auch im Bezirk Pochalla kamen bei Kämpfen [mindestens 87 Menschen ums Leben](#). 2023 verübten Milizen der Dinka vom Twic-Stamm und der Nuer vom Bul-Stamm aus den nördlichen Bundesstaaten Warrap und Unity [Angriffe in der Verwaltungszone Abyei](#).

Lückenhafte Justiz: Straflosigkeit und Versagen bei der Gewaltprävention. Im März 2024 berichtete Barney Afako, Mitglied der südsudanesischen Menschenrechtskommission, dass [hochrangige südsudanesische Beamte für schwere Verbrechen verantwortlich seien](#), darunter aussergerichtliche Hinrichtungen, Folter, Vergewaltigung und andere sexuelle Gewalttaten. Barney Afako betonte, dass diese Personen weiterhin Straffreiheit geniessen und ihre Posten behalten konnten. Amnesty International betont, dass die Unfähigkeit der südsudanesischen Behörden, wirksame Mechanismen zur Aufarbeitung vergangener Verbrechen zu schaffen, zu [erneuten Gewaltspiralen](#) führe, darunter Brandschatzung und Plünderung ziviler Infrastrukturen.

Die humanitäre Lage verschlechtert sich. Der Südsudan liegt auf [Platz 192 von 193 im Index der menschlichen Entwicklung](#) der Vereinten Nationen (2023/2024). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) weist darauf hin, dass sich die [humanitären, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen](#) im Land durch den jüngsten Zustrom von Flüchtlingen aus dem Sudan verschärft haben. Der WHO zufolge sind zwischen April 2023 und Juli 2024 mehr als 650'000 neue Menschen im Südsudan angekommen. Insgesamt sind 2,3 Millionen Menschen aus dem Südsudan geflohen. Es handelt sich um die [grösste Flüchtlingskrise des Kontinents](#). Die [häufigen Gewaltzyklen](#) führen dazu, dass Binnenvertriebene in den Vertriebenenlagern und am letzten UNMISS-Standort in Malakal bleiben. Die Ressourcenverknappung verschärft auch die Spannungen zwischen den lokalen Gemeinschaften und den Geflüchteten. Der Südsudan ist zudem [einer der gefährlichsten Orte der Welt für humanitäre Helfer*innen](#). Seit Anfang 2023 sind vier Personen während [eines Hilfseinsatzes](#) im Land ums Leben gekommen. 2022 waren es neun.

Verschlechterung der Menschenrechte. Das Land sieht sich mit einer [schweren Menschenrechtskrise](#) konfrontiert. Die Bevölkerung leidet weiterhin unter weit verbreiteten Angriffen, systematischer sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie [staatlich angeordneten aussergerichtlichen Hinrichtungen](#). Die [Risikoprofile sind zahlreichen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt](#), darunter Verschwindenlassen, Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, geschlechtsspezifische Gewalt, Zwangsrekrutierung von Kindern für Kampftruppen, schwere Einschränkungen der Meinungsfreiheit, weibliche Genitalverstümmelung und Menschenhandel.

5 Praxis der Schweizer Behörden

Schutzquote des SEM. Zahlen des SEM für [Januar-Juli 2024](#): 40 neue Asylgesuche, Asylgewährungsquote 3,3%; Schutzquote (positiv + VA) 65%. Bereinigte Zahlen (ohne NEE) Asyl 5%; Schutzquote 97,5%. Zahlen des SEM für [2023](#): 101 neue Asylgesuche, Asyl 3%; Schutzquote 24,1%; bereinigte Zahlen (ohne NEE) Asyl 38,55%; Schutzquote 100%.